

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

285 (8.12.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERTTÄTIGE 50. JAHRE HOTELBADENS

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck- und Verlagsanstalt: Badische Landesbibliothek, Karlsruhe, Kaiserstraße 12. Telefon 28. Postfach 28. Verlagsleiter: Dr. H. B. Hahn. Druck: Dr. H. B. Hahn. Druck- und Verlagsanstalt: Badische Landesbibliothek, Karlsruhe, Kaiserstraße 12. Telefon 28. Postfach 28. Verlagsleiter: Dr. H. B. Hahn. Druck: Dr. H. B. Hahn.

Nummer 285

Karlsruhe, Dienstag, den 8. Dezember 1931

51. Jahrgang

Der Aufstakt der Baseler Konferenz

Basel, 7. Dez. Der Beratende Sonderausschuß, den die Einberufung der deutschen Regierung am 19. November beauftragt hat, ist heute am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die nach ihrer Sitzung den Ausschuß gemäß dem deutschen Antrag einberufen hat, zusammengetreten. Der Sonderausschuß wählte, nachdem der amerikanische Delegierte Steward abgelehnt hatte, in der Eröffnungssitzung den Präsidenten des Instituto di Credito, Rom, Prof. Benetton, als Generalsekretär der Sekretariat der VZ, Filotti, abgegeben. Zu weiteren Mitgliedern des Sekretariats wurden bestimmt: Reichsbankrat Dr. Blessing (Deutschland), Rodenburg (Frankreich) und Pollen (England). Der Ausschuß wird auf Grund seiner Verhandlungen einen Bericht ausarbeiten, der den zuständigen Regierungen als Grundlage für ihre Entscheidungen zugestellt werden wird. Die politischen Entscheidungen sind einer Beratungskonferenz vorbehalten, die nach Abschluß der Beratungen des Sonderausschusses stattfinden soll. Ueber die voraussichtliche Dauer der Beratungen des Ausschusses kann noch nichts gesagt werden. Die Meinungen hierüber gehen auseinander. Ob sie noch vor Weihnachten abgeschlossen werden, ist nicht zu sagen.

Weiterer Pfundsturz

Eine Folge der Lage Deutschlands — Entgegenkommen Englands gegenüber Frankreich

London, 7. Dez. (Eig. Drabt.) Das Pfund setzte seinen Abwärtsgang am Montag fort. Auch die englische Staatsanleihe, die sogenannten goldbarren Wertpapiere, lagen am Montag an der Börse außerordentlich schwach. Ein Grund für die fortwährende Schwäche der englischen Währung bleibt mehr als andere die Lage in Deutschland. Seit der berühmten Rede Baldwin im Unterhaus, in der er erklärte, das die festgesetzten englischen Kredite nicht durch Reparationszahlungen gefährdet werden dürften, ist eine Milde in der englischen Haltung eingetreten, die zwar schwer fasslich ist, die aber doch bei den bevorstehenden Baseler Verhandlungen deutlich werden dürfte. Nach wie vor ist man in England der Meinung, daß Deutschland keine Reparationen zahlen kann, weder jetzt noch in absehbarer Zeit. Aber man hat den kämpferischen Ton der Rede Baldwin etwas abgemildert. Die Frage der Priorität wird als rein akademisch bezeichnet und man tut alles, um dem französischen Standpunkt so weit entgegenzukommen, wie sich das mit den materiellen Interessen Englands verträglich ist.

Englands Verständnis für die deutsche Lage beschränkt sich also darauf, das Deutschland eines vollständigen Moratoriums für alle Reparationszahlungen bedarf, solange die Krise andauert. Was darüber geschehen soll, liegt in der Zukunft oder ist zu dringlicher Natur, als daß England Lust hätte, sich darüber den Kopf zu zerbrechen. In diesem englischen Standpunkt gibt es nichts, was dem französischen Willen der Heiligkeit des Youngplans und der Friedensverträge überhaupt anlässlich der bevorstehenden Reparationsverhandlungen aufs neue verfehrt zu sein, widerprüche.

General Smuts über Illusionen in Europa

Kapstadt, 7. Dez. General Smuts, der heute aus Europa zurückkehrt, erklärte in einer Ansprache: „Wenn Deutschland nicht mehr zahlen kann, so wird Großbritannien früher oder später den gleichen Weg gehen. Diese Tatsache muß rechtseits offen festgestellt und berücksichtigt werden. Es hat keinen Sinn, die Illusionen der internationalen Schulden und Reparationszahlungen fortzusetzen, die bereits die internationalen Finanzen zerrütet und die internationalen Beziehungen zerstört hat.“

Eröffnung der Tagung des amerikanischen Kongresses

Washington, 7. Dez. Heute begann die Tagung des 72. Bundeskongresses, den Hoover durch eine Botschaft eröffnete. In beiden Kammern sind Regierungspartei und Opposition in Folge der im November 1930 abgehaltenen Neuwahlen numerisch fast gleich stark. Im Senat sitzen 48 Republikaner, 47 Demokraten und ein Farmer-Labourer-Deputierter. Im Repräsentantenhaus 219 Demokraten, 214 Republikaner und ebenfalls ein Farmer-Labourer-Deputierter. Ein Mandat ist unbesetzt. Praktisch hat die Regierung nicht alle republikanischen Stimmen zur Verfügung, da der von Hoover vorgeschlagene Kandidat in allen anderen Fragen mit der demokratischen Opposition stimmt.

Deutschland in der Mandchuren-Kommission

Berlin, 7. Dez. (Eig. Drabt.) In der Kommission des Kaiser-Konvents zur Untersuchung der Vorgänge in der Mandchurei wird auch Deutschland vertreten sein. Die Reichsregierung hat dem Völkerbundrat mehrere Außenminister und jetzigen deutschen Botschafter in Tokio, Dr. Solk, Generaloberst a. D. v. Seckt (!!!) und den ehemaligen Gouverneur Dr. Schnee.

Nationalsozialistische Geschäftsreisende betreten im Ausland um gut Wetter

Rom, 7. Dez. (Eig. Drabt.) Die nationalsozialistischen Abgeordneten Wieland und Strieder aus Hamburg machen gegenwärtig eine Propagandareise nach Italien und werden am Dienstag abend auch in Rom landen. Dem Vorbild Hitlers nachgehend, empfangen sie in Florenz die italienische Presse.

„Brüning, wehr dich!“

Hier hatte ausländische Korrespondenten zu sich nach dem Hotel Kaiserhof in Berlin eingeladen und er hat den Herren, genau abgemacht, wie es im Amt schuldige Staatsmänner zu tun pflegen, die Methoden und Ziele seiner auswärtigen Politik darlegte. Auf seine Darlegungen ist genau so viel und genau so wenig zu geben, wie auf seine Begleitredner. Sifers wußte dabei, daß nicht nur sich im Ausland anzuwenden, sondern die Reichsregierung zu erwecken, in Wahrheit sei eigentlich er, Adolf Hitler, bereits der regierende Staatsmann Deutschlands.

Der Bericht behandelt in seiner Sonntagsausgabe diesen Vorgang in einem ausgezeichneten Artikel unter der überschreibenden Aufschrift: Wir stieren daraus das folgende: „Schrag gegenüber vom Reichskanzlerpalais ist das Hotel Kaiserhof. Im Reichskanzlerpalais sitzt Brüning, im Kaiserhof thronet Hitler. Er hat keine Gesandten nach England und Italien geschickt, jetzt empfängt er die englische, die amerikanische Presse. Redet sich, preizt sich, redet geizig, treibt Diplomatie, wie er sie versteht. Und das ist nun freilich zum Heulen, wie der große Adolf vor den Herren Korrespondenten — deren Ariertrum nebenbei gesagt, nicht in allen Fällen läckenlos nachweisbar ist — klein wird, wie gar nicht hitlerisch er tut, sondern verständigungslos, erfüllungspolitisch, völkerverhättnislich, abrästlerisch, daß Gott erbarm. Wenn das jetzt schon so anfängt, kann man nur mit Grauen daran denken, wo das enden wird.“

Aber ist er nach außen klein, nach innen ist er oho! Ich, Ich und nochmals Ich. Nächstens wird er Deutschlands regieren — er regiert jetzt schon, wenigstens tut er so. Ja — und was sagt man auf der anderen Seite der Wilhelmstraße? Spielt man dort die Zauberflöte?

Herr Reichskanzler! Wenn Sie sich in der Rolle des Papageno gefallen, können Sie sich dann wundern, wenn das Ausland von den Machtverhältnissen und Zukunftsaussichten Deutschlands ein ganz schiefes Bild bekommt? Und können Sie solche Mißverständnisse verantworten in den Tagen, an denen die Stillhalte-Verhandlungen in Basel beginnen? Herr Reichskanzler, die deutschen Arbeiter gebeten Ihnen die Möglichkeit, sich dem Ausland als Chef einer Verhandlungsfähigen Regierung vorzustellen.

„Es muß Klarheit geschaffen oder wiederhergestellt und die etwache Unsicherheit darüber beseitigt werden, ob man es in der Zukunft mit der Reichsregierung Brüning oder einem Rebinetti Hitler zu tun haben wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß sich im Hintergrund bereits ein Neben- oder Neuregierung aufbaut, während Deutschland mitten in wichtigen internationalen Verhandlungen steht. Keine Regierung kann mit Aussicht auf Erfolg Deutschlands Sache vertreten, wenn neben oder hinter ihr sich bereits andere Machtfaktoren in dieser Weise vor dem Ausland zur Geltung zu bringen suchen. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, klar und deutlich zu erklären, daß sie, und sie nur allein, dem Ausland gegenüber Deutschlands Interessen zu vertreten hat und Abmachungen mit diesem eingehen und ablehnen kann, und daß es neben den Vertretern der Reichsgewalt keine andere Macht gibt und geben wird, mit der das Ausland zu rechnen hätte.“

Tapfere Worte, treffliche Worte! Der Kanzler hätte sie schon vorgestern gesprochen haben müssen. Leider schrieb sie nur gestern ein Redakteur der Kölnischen Volkszeitung. Aber die Kölnische Volkszeitung ist ein Zentrumsblatt, ein Kanzlerblatt. Also, man darf noch hoffen.

Man hat Hitler gefragt, wann er gnädigst mit seiner Regierung beginnen will, und er hat darauf geantwortet: „Ich weiß nicht, vielleicht schon in diesem Monat, vielleicht auch erst (!) in fünf bis zehn Monaten.“ Noch immer daselbe Großmaul wie damals im Bürgerbräukeller, wenn er auch jetzt im Kaiserhof nicht mehr in die Decke schließt! Woher diese lächerliche Zuversicht? Einmal hat der Reichstag eine Zweidrittelmehrheit gegen ihn, wie will er da im Reich an die Regierung kommen, wenn er „legal“ bleiben will? Und legal muß er bleiben, denn wird er illegal, so gibt es Senge!

Meine Herren Diplomaten, Korrespondenten der Welt- und Reichspresse usw., wenn der Reichskanzler schweigt, vernehmen Sie die Stimme der deutschen Arbeiterklasse: Adolf Hitler, dieser großmäulige Dummkopf, wird weder in diesem Monat, noch im nächsten Monat, noch in fünf, noch in zehn Monaten die Macht übernehmen. Der deutsche Faschismus, der den Namen Deutschlands in aller Welt schändet, wird sein Ziel nicht erreichen! Deutschland wird nicht dort hin hinabsinken, wo Italien ist. Aber wenn Sie den Arbeitern helfen wollen, Deutschland vor diesem Schicksal zu bewahren, dann hören Sie die Stimme der Gewerkschaften und helfen Sie, daß Deutschland in der Welt gerechtfertigt wird!

Die deutschen Arbeiter fordern von der verantwortlichen Reichsregierung, daß sie zur Verteidigung der Republik ihre Pflicht tut. Sie begreifen die Patriotik des führenden Mannes nicht, sie rufen: „Brüning, wehr dich!“ Aber mag er das tun oder nicht, sie werden sich wehren! Sie, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbewußtheit, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, sie sind in Bewegung, sie marschieren, sie härten die Front für Recht und Freiheit, gegen Terror und Gewalt!

Zur neuen Notverordnung

Die neue Notverordnung der Reichsregierung ist am Montag in später Abendstunde bis auf einige Formulierungen, die am Dienstag vormittag vorgenommen werden, fertiggestellt worden. Im Laufe des Dienstag wird der Reichspräsident die Verordnung unterzeichnen. Wodurch beabsichtigt der Reichspräsident die Presse über Sinn und Aufgab der Verordnung zu unterrichten. Im Anschluß daran wird er über die neuen Maßnahmen der Reichsregierung im Rundfunk sprechen und bei dieser Gelegenheit an die Vernunft des Auslandes appellieren, sich zugleich aber auch gegen die arghmäuligen Nazirede wenden.

Die neue Notverordnung erstreckt die gleichzeitige Regelung des Problems der Preis- und Lohnsenkung. In das Lohnsenkungsverfahren sollen die Schlichter derart eingeschaltet werden, daß Lohnsenkungen nur unter der Voraussetzung gewisser gleichzeitiger Preisentlastungen erfolgen sollen. Die Gehälter der Beamten werden um 9 Prozent gekürzt, und zwar erstmals zum 1. Februar. Die Gehälter der Eisenbahn werden ab 16. Dezember um 25 Prozent herabgesetzt. Eine Kürzung der Posttarife ist ebenfalls in Aussicht genommen. Die Neubaumieten sollen um 15, die Altbaumieten um 10 Prozent gekürzt werden. Erhöht wird die Umsatzsteuer von 0,75 auf 2 Prozent, ausgenommen von dieser Erhöhung sind Getreide, Mehl und Brot. Die Frage des Existenzminimums wird durch die neue Notverordnung nicht berührt.

Die bisherigen Säue der Invalidenrente werden von der neuen Notverordnung nicht betroffen, doch sollen die Hilfsleistungen fortfallen. In der Unfallversicherung werden die kleinen Renten bis zu 2 Prozent in Vorfall kommen, das bedeutet, daß am 400 000 Personen Renten nicht mehr gezahlt zu werden brauchen. In Bezug auf die Krankenversicherung soll das zwischen den Ärzten und einigen Krankenkassen vereinbarte Abkommen in die Notverordnung aufgenommen werden. Die Gewährung höherer Säue an die Ärzte als sie in diesem Abkommen vorgesehen sind, wird unterlag. Die Kassen brauchen künftig nur noch gesetzliche Rendeleistungen zu entrichten.

Die neue Verordnung wird schließlich noch Maßnahmen gegen den

Waffenmißbrauch, den Terror und den Schuß des Ehren inoffen enthalten, als Verleumdungen und Beleidigungen in Zukunft scharfer und schneller abgeurteilt werden sollen. In der Verordnung ist zugleich bis über Neujahr ein sogenannter Weichnachtsfrieden verankert worden.

Ein Protestschreiben Leipzigs

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipziger, hat dem Reichskanzler am Montag folgenden Protestbrief übermittelt lassen:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Samstag mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung, die eine weitere Lohn- und Gehaltsentlastung bringen soll, dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des arbeitsrechtlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Gegen eine solche Absicht erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedenen Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Einariff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen, die sich hieraus ergeben müßten, wird auch die Regierung nicht tragen können. Wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(ges.) Leipziger.

Dieser Brief wurde verfaßt, ohne daß die Gewerkschaften von der Absicht der Reichsregierung, die Schlichter in das Lohnsenkungsverfahren so einzuschalten, daß Lohnsenkungen nur unter der Voraussetzung gleichzeitiger Preisentlastungen vorgenommen werden dürfen, Kenntnis hatten. Immerhin sind die Bedenken des ADGB, auch dadurch keineswegs behoben.

Die Wahlen in Württemberg

Die Gemeinderatswahl in Stuttgart

Stuttgart, 7. Dez. (SPD. Eig. Meldung.) Die Stuttgarter Gemeinderatswahl hatte bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 Proz. das folgende Ergebnis (die Ziffern der letzten Gemeinderatswahlen im Jahre 1928 sind in Klammern beigefügt):

Sozialdemokraten	46 810 (44 108)
Nationalsozialisten	44 599 (1 541)
Kommunisten	37 803 (15 978)
Einheitsliste d. bürgerl. Mittelst.	23 104 (38 579)
Deutschnationale	19 525 (16 312)
Zentrum	18 186 (12 872)
Christl. Volksdienst	9 075 (7 096)
Frauenliste	4 760 (—)
Kommunistische Opposition	4 037 (—)

Von den zur Wahl stehenden 30 Mandaten erhalten die

Sozialdemokraten	7 (ausgeschieden 8)
Nationalsozialisten	7 (ausgeschieden 0)
Kommunisten	6 (ausgeschieden 5)
Einheitsliste der bürgerl. Mittelst.	3 (ausgeschieden 8)
Deutschnationale	3 (ausgeschieden 5)
Zentrum	3 (ausgeschieden 3)
Christlicher Volksdienst	1 (ausgeschieden 1)

Die Wahlvorschlüsse der Frauenliste und der kommunistischen Opposition gehen leer aus, da ihre Stimmenszahl zu keinem Mandat ausreicht.

Um die politische Entwicklung der Parteien beurteilen zu können, ist auch ein Vergleich mit den Stimmensahlen bei der Reichstagswahl 1930 erforderlich, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß bei der Gemeinderatswahl ein einjähriger Wohnsitz in der Gemeinde die Voraussetzung für die Wahlberechtigung bildet, wodurch besonders der Arbeiterschaft bei der Gemeinderatswahl zahlreiche Stimmen verloren gingen. Damals erhielten:

Sozialdemokraten	60 193
Kommunisten	38 414
Zentrum	19 615
Bürgerliche Mittelparteien	49 803
Nationalsozialisten	22 587
Deutschnationale	18 394
Christlicher Volksdienst	12 351

Den stärksten Zuwachs seit der Reichstagswahl hatten, wie zu erwarten war, die Nationalsozialisten, die ihre Stimmenszahl von 22 587 auf 44 599 steigerten. Das ist absolut sehr erheblich, entspricht aber nicht im Geringsten dem gewaltigen agitatorischen Aufwand der Nazis, noch den von ihnen selbst an den Ausgang dieser Wahl geknüpften Erwartungen. Sie veränderten einen „Sturm auf Rathhaus“, der ihnen mindestens die Hälfte der Sitze bringen sollte. Statt dessen entfielen auf sie nur 21,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen und 16,7 Prozent aller Wahlberechtigten. Sie haben also die Kurve der Stimmenwahl in Stuttgart nicht fortzusetzen vermocht, und ihre Hoffnung, auf dem „lokalen“ Wege die Mehrheit der Wähler an sich zu ziehen und dadurch zur Macht zu gelangen, darf als wenigstens für Württemberg als völlig aussichtslos bezeichnet werden.

Ungewöhnlich ist es ihnen gelungen, bei dieser Wahl den „Marxismus“ zu überrennen, ja überhaupt zu schwächen. Ihren 44 599 Stimmen stehen 88 650 für „marxistische“ Parteien abgegebene Stimmen gegenüber; der Marxismus ist also auch nach diesem Trommelsturm in Stuttgart noch immer doppelt so stark, als die Anhänger der Gemeinderatswahl etwa 10 000 Stimmen weniger entfielen als bei der Reichstagswahl, so ist das im Wesentlichen auf die Schwächung des Wahlrechts der Arbeiterschaft durch die einjährige Wohnsitzauflage zurückzuführen. Man darf daher mit Recht behaupten, daß es den Arbeiterparteien im Wesentlichen gelungen ist, ihren Bestands an Wählern zu halten.

Die Sozialdemokratie insbesondere, die einem konzentrierten Ansturm von allen Seiten her Stand zu halten und unter der Anspannung der wirtschaftlichen und politisch-taktischen Gesamtfrage am stärksten zu leiden hatte, vermochte ihre Stellung als die stärkste Partei in Stuttgart zu behaupten und war nur genötigt, von den 8 von ihr zu verteidigenden Mandaten eines an die Kommunisten abzutreten. Jedenfalls hat kein einziger der übrigen Gewerkschaften der Sozialdemokratie von ihrem Stimmenrückgang auch nur den geringsten Vorteil haben können.

Weitere Gemeinderatswahlergebnisse

SPD. Stuttgart, 7. Dez. (Eig. Meldung.) Da nach dem württembergischen Gemeindevorbereitungsgesetz in sämtlichen Gemeinden des Landes, mit alleiniger Ausnahme von Stuttgart, das Pandäktieren, d. h. das Übernehmen von Kandidaten eines anderen Wahlvorschlages auf den eigenen Stimmzettel, zugelassen ist, so können vorläufig aus den meisten Orten nur die Zahlen der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmzetteln angegeben werden. Ein sicherer Rückschluß auf die den einzelnen Parteien zugefallenen Mandate ist daraus jedoch noch nicht möglich, da die Zahl der abgegebenen Zettel fast durchweg viel größer ist, als die der unangehenden.

Die Gemeindevorwahlen in Heilbronn zeigten folgendes Ergebnis, wobei die Stimmensahlen der letzten Reichstagswahl in Klammern beigefügt sind:

Sozialdemokraten	7643 (12 549), Mandate 5 (ausgesch. 6)
Kommunisten	2317 (1 155), Mandate 1 (ausgesch. 0)
Nationalsozialisten	3788 (2 058), Mandate 3 (ausgesch. 0)
Demokr. u. D. Volks.	4850 (5 572), Mandate 3 (ausgesch. 5)
Zentrum	1655 (1 810), Mandate 1 (ausgesch. 0)
Christl. Volksdienst	1445 (1 917), Mandate 1 (ausgesch. 0)
Deutschnationale	1753 (1 882), Mandate 1 (ausgesch. 4)

In den übrigen Orten des württembergischen Unterlandes hat die Sozialdemokratie nach den bisher vorliegenden Meldungen ihren Bestands im wesentlichen behauptet. Die Nationalsozialisten haben im Unterland, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, nur in Heilbronn-Stadt drei Mandate auf Kosten der Deutschnationalen und in Weinsberg eines auf Kosten des Landbundes erhalten. In den Beständen der Arbeiterparteien haben sie nirgends einsubringen vermocht.

Pazifisten und Reichswehrminister

Der pazifistische Schriftsteller Lehmann-Rußbüldt, hat in einem offenen Brief an den Reichswehrminister Gröner angekündigt, daß er den Minister wegen der in dem Artikel „Staatsverleumdung“ gegen ihn und andere pazifistische Führer enthaltenen Vorwürfe Beleidigungserklärung erheben werde. Von Seiten des Reichswehrministeriums wird an dieser Ankündigung erklärt, daß Reichswehrminister Gröner einer Beleidigungserklärung Lehmann-Rußbüldt mit Ruhe entgegensteht.

Aufruf der Gewerkschaften

fort mit der Reparationslast fort mit dem Terror!

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich, wie bereits mitgeteilt, in gemeinsamen Besprechungen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage eingehend beschäftigt. In den Besprechungen waren beteiligt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der AFA-Bund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) und der Gewerkschaftsring (S.-D.).

Die Spitzenverbände wenden sich heute mit folgender gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuss zur Beugung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Forderungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kreditwesens herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kreditwesens ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die

Verzweiflungstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt.

Es sind zumeist die ärmsten Schichten des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Glied Verständnis für einander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterstützen diesen vorkriegserhebenden Widerstand und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit zivilen Mitteln geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbehafteten, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen den Terror und Gewalt!

Dr. Pfrimer stellt sich dem Gericht

Wien, 7. Dez. Der Leiter des Heimwehr-Battalions September und frühere Bundesführer der Heimwehr, Dr. Pfrimer, der nach dem mißglückten Versuch nach Tschechien geflüchtet und sich von dort nach Deutschland gewandt hatte, ist heute in Graz eingetroffen und hat sich dem Gericht gestellt. Dr. Pfrimer erhebt im Laufe des heutigen Vormittags in Begleitung seines Rechtsanwalts im Grazer Landesgericht die Berufung gegen die Entscheidung des hiesigen Untersuchungsrichters. Er wurde in Haft genommen. Dr. Pfrimer dürfte in der vergangenen Nacht im Auto unter der österreichischen Grenze passiert haben. Der Prozeß gegen Pfrimer findet vor dem Grazer Landesgericht am 14. Dezember statt.

Graz, 7. Dez. (Eig. Draht.) Der Anwalt des am Montag Graz verhafteten Heimwehrputschisten Pfrimer erklärte, daß er sich, nachdem er München verschiedener Intrigen wegen verlassen mußte, in Ulm aufgehalten habe, da ihm die jugoslawische Regierung auf Veranlassung der österreichischen Regierung die Einreisebewilligung erteilt habe. Er sei am Sonntag vormittag von Ulm weisefahren und sei an der tschechischen Grenze erfaßt worden, trotzdem er sich einen Schnurbart habe wachsen lassen.

Österreich erteilt Hitler Durchreisegenehmigung

Wien, 7. Dez. Zu den Blättermeldungen über beabsichtigte Auslandsreisen Hitlers wird mitgeteilt, daß Hitler von der österreichischen Regierung die Genehmigung zur Durchreise durch Österreich nach Italien erhalten hat.

Garniturenwechsel in Mussolinis Partei

Rom, 7. Dez. (Eig. Draht.) Der Generalsekretär der faschistischen Partei, Guirialti, ist am Montag abend von seinem Amt zurückgetreten. Mussolini hat den Abgeordneten Achille Starace, den bisherigen politischen Vizepräsidenten der Partei zum Nachfolger ernannt.

Mit dem Rücktritt Guirialtis erhält ein seit langem umlaufendes Gerücht seine Bestätigung. Guirialti folgte vorzeitig dem Ruf der Führung der faschistischen Partei und damit in eine Stellung, die nach der Mussolinis die wichtigste in der inneren Politik Italiens ist. Guirialtis Rücktritt wird als Sühne für die im Sommer gegen die katholische Kirche verübte faschistische Gewalttat betrachtet. Als Generalsekretär der faschistischen Partei wurde er für die Gewalttat verantwortlich gemacht. Sein Nachfolger gehörte zu den Führern der früheren faschistischen Sturmtruppe. Eine politische Richtungsänderung ist von diesem Wechsel nicht zu erwarten. Achille Starace wird ein treuer Diener seines Herrn sein.

Faschistische Schreckensjustiz

Rom, 6. Dez. In dem „Terroristenprozeß“ gegen 30 Personen aus Benetia Gullia wurde ein Angeklagter zu 20 Jahren und ein anderer zu 2½ bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt. 14 Angeklagte wurden freigesprochen.

Zentrum und Regierungsbildung in Hessen

Main, 7. Dez. Der Landesauschuss der hessischen Zentrumspartei hielt gestern eine Sitzung ab. Nach einer kurzen Würdigung des hessischen Wahlergebnisses durch den hessischen Parteivorsitzenden, Reichstagsabg. Dr. Rodius, wurde die durch die Wahlen herbeigeführte Lage in Hessen erörtert. Partei- und Fraktionsleiter stellten dabei zur Frage der Regierungsbildung folgendes fest: Dienstag tritt der hessische Landtag zusammen. Vorberhandlungen zwischen den Fraktionen über die Bildung einer Regierung haben u. A. nicht stattgefunden. Dem Zentrum kommt es auch nicht die Initiative zu ergreifen, da diese Pflicht den stärksten Parteien obliegt.

Die Bildung einer Regierung beim Zusammentritt des Landtages erscheint damit unmöglich.

Nach Amerika muß gehen

Das amerikanische Schahamt wird am 15. Dezember neue im Wert von 100 Millionen Dollar ausgeben. Die am 15. Dezember fällig werdenden Schulden von insgesamt 1100 Dollar zu bezahlen.

USA in falschen Bahnen

Konsumkraftdrofflung durch Lohnabbau

Verut das Unternehmertum gar nichts?

Unser New Yorker Mitarbeiter schreibt uns:

Auch durch Amerika rast die Lohnabbauwelle. Der Eisenbahnkonflikt in den Vereinigten Staaten hat sich gefährlich zuspitzt. Die etwa 100 privaten Eisenbahngesellschaften, die eine ungeheure Kapitalmacht verkörpern, sind von der Wirtschaftskrisis betroffen. Ihre Reinerträge sanken im letzten Vierteljahr auf etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Ueberzühle, die in der gleichen Zeit des Jahres 1929, also im Ausgangspunkt der Krise erzielt wurden. Schon im Sommer dieses Jahres haben die Unternehmer einen allgemeinen Lohnabbau bis zu 10 Prozent gefordert. Sie mühten aber ihre Abwärtstendenzen angedeutet für sich abzulenken. Die Haltung der sehr gut organisierten amerikanischen Eisenbahner macht wieder zurückstellen. Der andere Sanierungsplan des Eisenbahnkapitals sah eine Erhöhung der Frachttarife um etwa 15 Prozent vor. Dieser Plan stieß bereits teilweise auf den heftigsten Widerstand der gesamten Industrie sowie der Regierung. Die Unternehmer haben daher jetzt von neuem Angriff gegen den Vohr der Eisenbahner — es handelt sich dabei um mehr als eine Million Arbeitnehmer — unternommen. Dieser Angriff kann leicht zu einem Kleinarbeitskonflikt in den Vereinigten Staaten führen.

Die amerikanischen Eisenbahner haben jeden Lohnabbau mit dem Hinweis auf das lohnpolitische Programm der Hoover-Regierung abgelehnt, die im Gegensatz zu europäischen Regierungen, insbesondere zum Brüning-Kabinett, an dem Standpunkt festhält, daß „jede Senkung des Lebensstandards unweigerlich zu einer Dauerarbeitslosigkeit führen und einen großen Teil der Bevölkerung in die Klasse der Armut bringen muß.“ Die Frage ist jedoch, wie weit die Haltung der Regierung heute noch die Lohnpolitik der führenden Unternehmerrgruppen beeinflusst. Prüft man die amerikanischen Lohnverhältnisse genauer, dann zeigt sich, daß im Laufe der letzten 1½ Jahre auch die Unternehmer in den Vereinigten Staaten sich immer mehr von der verhängnisvollen Vorstellung einer Sanierung durch Lohnabbau hypnotisieren ließen. Zwar haben verschiedene führende Persönlichkeiten des amerikanischen Wirtschaftslebens noch im Sommer ds. Js. in öffentlichen Rundgebetungen um Ausdruck gebracht, daß „jede Unterminierung des Lebensstandards die wirtschaftlichen Gefahren verstärkt“, aber in der Praxis haben sich die Dinge doch erheblich anders entwickelt. In einer sehr sorgfältigen Untersuchung des amerikanischen Handelsministeriums wurde bereits im Frühjahr festgestellt, daß die Lohnsummen im März 1931

(1929 = 100) im Steinkohlenbergbau auf 70 Prozent, im Braunkohlenbergbau auf 62,2 Prozent und im Erzbergbau sogar auf 50 Prozent zusammengeschrumpft waren. Auch in der Industrie und im Bauwesen stellten sich die Lohnsummen nur noch auf etwa 52 Prozent und in der sehr ausgebreiteten Konfektionsindustrie auf rund 50 Prozent. Welche Rolle bei diesem Abfallen der Lohnsummen der Lohnabbau spielt, wird daraus ersichtlich, daß der Rückgang des Beschäftigungsstandes und damit der Rückgang der Beschäftigten in den genannten Industrien durchwegs um 15 bis 20 Prozent weniger stark war als der Rückgang der Lohnsummen. Hier haben also effektive Lohnsenkungen stattgefunden. Sie sind vielfach „hinten herum“ vorgenommen worden, d. h. die Unternehmer haben zunächst die Stundenlöhne unverändert und bestanden sich darauf, die Sonderzulagen sowie die Akkorde- und Leistungszulagen abzubauen, umschichtig unbesahnte Urlaubswochen und Teile der Belegschaft einzulassen, Rindlungen auszufordern. Diese Einstellungen zu geringeren Lohnhöhen vorzunehmen usw.

Dieser verkappte Lohnabbau hat im Sommer ein Ende genommen. Seit vier Monaten sind die mächtigsten Unternehmerrgruppen in den Vereinigten Staaten zum offenen Lohnabbau übergegangen. Hierfür nur einige traffe Beispiele: Die drei führenden Konzernunternehmen der amerikanischen Schwerindustrie, darunter auch der bekannteste amerikanische Stahltrust, haben eine durchgängige Lohnsenkung um 10 Prozent vorgenommen. Die beiden Automobilriesen, die General Motors und Ford, haben die Angestelltenlöhne um 10 bis 20 Prozent gekürzt. Auch in der übrigen verarbeitenden Großindustrie schmilzt die Bewegung des Lohnabbaus an. So hat die Gummi-Konzern (United States Rubber Company), ein Weltunternehmen mit annähernd 120 000 Arbeitnehmern, die Löhne um 9 Prozent gesenkt und zugleich die Fünftagewoche eingeführt. Die Petroleumindustrie und in den Kupferminenbetrieben ebenfalls derartige Bewegungen im Gange.

Wenn jetzt auch die Millionenzahl der Eisenbahner mit ihren Familien in den Strudel der Lohnsenkung hineingerissen werden sollte, so müßte sich dies auf die Konsumkraft der Bevölkerung in den USA verhängnisvoll auswirken. Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt nach vorläufigen Schätzungen jetzt bereits 7 Millionen. Es ist errednet worden, daß die Krise das Volkseinkommen in den Vereinigten Staaten von 1928 bis 1930 auf 68 (gegen 84) Milliarden Dollar gedrückt hat. Das Volkseinkommen 1931 dürfte nach den bisherigen Entwicklungen unter 50 Milliarden Dollar (210 Milliarden Mark) liegen. Aber auch diese Zahlen hindern die amerikanischen Unternehmer in USA nicht, nun wie ihre Kollegen in Europa, mit stärkstem Nachdruck eine Senkung des Lebensstandards anbetreiben.

Freistaat Baden

Erzbischof Dr. Carl Friz

Am gestrigen Montag nachmittag kurz nach 4 Uhr ist im Alter von 67 Jahren der Freiburger Erzbischof Dr. Carl Friz einer Herzschwäche plötzlich und unerwartet erlegen. Das Ableben des Erzbischofs ist der Allgemeinheit vollkommen überraschend gekommen. Noch vor wenigen Tagen wohnte er den Einweihungsfeierlichkeiten der Freiburger Katakomben bei. Dr. Carl Friz mußte sich zwar im Sommer 1929 infolge Herzbeschwerden einer mehrmonatlichen Kur unterziehen. Sie war jedoch von bestem Erfolg begleitet und als der Erzbischof im Herbst dieses Jahres gelegentlich der Beinhaltungsfestlichkeiten des badischen Staatspräsidenten Dr. Wittmann in Karlsruhe weilte, vermutete wohl niemand, daß seine Tage bereits gezählt waren.

Mit dem heimgegangenen Erzbischof, der vor seiner Berufung nach Freiburg zum Generalvikar als Präsident des katholischen Oberkirchenrats amtierte, scheidet eine Persönlichkeit aus dem Leben, die durch ihre Volksnähe und Popularität in weitesten Kreisen sich größter Beliebtheit erfreute. Aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, übte sich der Erzbischof allzeit mit dem Volke verbunden, fühlte sich der Erzbischof allzeit mit dem Volke verbunden. Der republikanische Staat hatte in ihm eine starke Stütze und einen treuen Mitarbeiter am Aufbau eines geordneten Staatslebens. Mit Recht hat daher die badische Staatsregierung in ihrem herzlichsten Beileidstelegramm sein Andenken als das eines um die Wohlfahrt des Staates und des Volkes unermüßlich tätigen Mannes gewürdigt.

Der Erzbischof Dr. Carl Friz wurde am 20. August 1864 in der kleinen Schwarzwaldgemeinde Adelshausen im Weizental geboren. Er besuchte das Bertholdsgymnasium in Freiburg und wandte sich dann an der Freiburger Universität dem Studium der katholischen Theologie zu. Im Jahre 1888 wurde er zum Priester geweiht, von 1888 bis 1889 war er in Verstorbene Vikar in Oberkirch, 1889 bis 1896 war er in Mannheim tätig. 1899 berief ihn Erzbischof Dr. Thomas Körber als Kollegialmitglied in den katholischen Oberkirchenrat, 1911 wurde er ins erzbischöfliche Ordinariat berufen. Seit 1918 gehörte er dem erzbischöflichen Domkapitel an und als am 28. Januar 1920 Erzbischof Dr. Körber starb, wurde er auf den erzbischöflichen Stuhl berufen. Der Verstorbene hat damit 11 Jahre lang sein Amt ausgeübt. In all den schwierigen Zeiten des letzten Jahrzehnts hat er verstanden, den nicht leichten Anforderungen gerecht zu werden. Die feierliche Beisetzung findet am Dienstag, 15. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Freiburger Münster statt.

So sieht es im Nazilager aus

23. Bonnort, 6. Dez. Der frühere Führer der Ortsgruppe Bonnort der NSDAP, Franz Steinhoff, wurde aus der Partei ausgeschlossen, damit schied er auch aus dem Bürgerausschuß aus. Nach dem Bonnorter Volksblatt soll Steinhoff eine Ortsgruppe der NSDAP begründet haben.

Der Vorgang bestätigt erneut die Beobachtung, daß im nationalsozialistischen Lager starke Risse bestehen. Auf der einen Seite als Führer der Oberleitung die härtesten Scharfmacher, auf der anderen Seite als Massenführer bolschewistische Phantasten. Wann wird es endlich klar werden, welches Theater mit dieser Bewegung dem Volke vorgegaukelt wird.

Der Hänge-Zente

„Rein Wintergelegen gibt es für solche, die mit Dreifuß, Dreifuß, Schweinegel um stulten werden. Rein, diese lassen wir hängen. Es sollen ihnen nur die Zangen herunterhängen, und die Stricke müssen bald und hart sein, daß sie zum abhängenden Zeitpunkt auf lange Zeit hängen bleiben — die Körper sollen nicht verfaulen, sondern ausdauern.“

Oberpolitsekretär Zente, Reichsorganisationsleiter der NSDAP.



Vorsicht, Herr Zente! Solch ein Heiligenschein kann seinem Träger eines Tages verhängnisvoll werden!

Festgeschenke

Soll man beim Inserenten des Volksfreund kaufen. Nicht oft genug können wir unseren Lesern sagen, daß der im Volksfreund inserierende Geschäftsmann die besten Vorteile bietet und sich jetzt in unserem Weihnachtsanzeiger bei unseren Lesern in empfehlende Erinnerung bringt. Jeder Geschäftsmann sollte es erkennen, daß die Anzeige im Volksfreund lohnend ist. Nutzen auch Sie als Geschäftsinhaber für den bevorstehenden Weihnachtsverkauf die Werbekraft unseres Blattes aus. Sagen Sie es täglich unsern Lesern immer wieder.

Kaufe bei mir!

Disponieren Sie möglichst sofort. Es ist bestimmt nicht zu früh, denn Festgeschenke will man ja bekanntlich in Ruhe kaufen.

Ein Nationalsozialist als blutrünstige Bestie

Erst heute erhalten wir Kenntnis von den blutrünstigen Ausführungen des Dipl.-Ing. Fehrmann aus Mannheim, welche er in einer Versammlung in Bittersdorf, Amt Rastatt, am 14. November gemacht hat. Dieser Fehrmann scheint eine besondere Nummer der mordwütigen Spezies der Nationalsozialisten zu sein. Er triefte förmlich von Blut und will bei der Entschädigung zwischen Nationalsozialisten und den Linksparteien auch entsprechend vorgehen.

In der Bittersdorfer Versammlung beschäftigte er sich zunächst ausführlich mit dem Zentrum und sagte u. a.:

„Der Führer ist längst nicht mehr wert, daß er den Priesterrock trägt. Einmal Tages wird auch in Baden das Zentrum der Vergeltung erleben. Ich propheteize so, daß das Zentrum verschwinden wird.“

Natürlich, eine Partei, die bei den letzten Wahlen mehr als 300 000 Stimmen bekommen hat, wird eines Tages verschwinden. Solch blutrünstiges Zeug wird in den nationalsozialistischen Versammlungen verzapft.

Fehrmann weiß aber auch, wie sich in Deutschland in den nächsten Wochen oder Monaten die Entwicklung vollziehen wird. Er propheteizte:

„Die Entscheidung wird fallen zwischen Sakentanz oder Sowjetern. Das Herzburger Tagung hat uns dafür den Beweis zu machen und die Werttätigen aus den dreißigen Financern der Hoffmann herauszureißen.“

Wer in Deutschland der Hoffmann verfallen ist, ist hinreichend bekannt. Die Herzburger Tagung hat uns dafür den Beweis geliefert und die Beziehungen Hitlers zu dem bekannten Bankdirektor Stauff lassen sicher mehr darauf schließen, daß nicht die Werttätigen, sondern die Nationalsozialisten sich aus den Fingern der Hoffmann zu befreien hätten.

Und dann geriet Fehrmann förmlich in einen Blutwahn, soweit es sich um die nächsten politischen Entscheidungen dreht. Er sagte:

„Diese letzte Entscheidung wird blutig werden. Blut geht vor Gold! Der letzte Kampf wird nicht in Versammlungen ausgefochten, sondern mit Waffen und mit blauen Schuhen. Vielleicht schon in wenigen Wochen stehen wir da und müssen schießen. Aber lieber kommen Tausende von dem Straßenmob um, als daß ein 60-Millionenwert kaputt geht.“

Das ist Mordheke in wahnsinniger Art getrieben. Dieser blutrünstige Mensch scheint förmlich darauf zu warten, daß es los geht, damit er seinen Blutdurst stillen kann. Es ist unerhört, was die Nationalsozialisten wagen. Man sollte einen solchen Redner vom Pulte weg verhaften und ins Loch stecken, damit er von seinen gewalttätigen Ideen geheilt wird.

Wenn die politischen Gesänge in Deutschland in den letzten Wochen sich stark zuspitzen haben, dann sind nicht zuletzt Leute wie der „Dipl.-Ing.“ Fehrmann aus Mannheim daran schuld.

Zahlungstreik der Freiburger Studenten abgebläht

23. Freiburg i. B., 3. Dez. Der Freiburger AStA teilt mit, daß in der Kammerung vom 20. November beschlossen worden ist, die Aktion betreffend der Gebühreinstellung sofort abzubrechen und die Komitionen aufzufordern, sofort ihre Zahlungen aufzunehmen. Bekanntlich glaubte der Freiburger Allgemeine Studentenausschuß auf diese Weise die Gebührenerhöhung zu Beginn des Semesters rückgängig zu machen.

Die Insolvenz der Bankkommandite Waldschütz & Co. 23. Singen a. B., 7. Dez. Nach einer vorläufigen Bilanz betragen die Passiven der insolvent gewordenen Bankkommandite Waldschütz & Co. in Singen und Bültenhof rund 267 000 Mark, denen rund 181 000 Mark Aktiven gegenüberstehen. Danach beträgt die Ueberschuldung rechnerisch rund 86 000 Mark.

Von der KPD. zur SPD.

Der Gefinnungskorruption überdrüssig

SPD, Braunschweig, 7. Dez. (Ein. Ber.)

Der frühere KPD-Sekretär Willi Bauer erklärt in der Samstag-Ausgabe des hiesigen Volksfreund seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie. Bauer alias Bach war ein Jahrzehnt in leitenden Funktionen der KPD und weilte u. a. längere Zeit in Rußland.

In einem längeren Artikel schildert der ehemalige KPD-Führer die Zustände in der kommunistischen Partei. Nachdem er die Uehängigkeit der Thälmann, Neumann, Remmele, Pief, Stöder usw. von den Kassen Stalins an einigen Beispielen dargelegt hat, fährt er fort: „Sie alle sind traditionelle Umfaller, die wegen der damit verbundenen finanziellen Einbuße nicht den Mut haben, die im stillen Kämmerlein eingetandene Politik bis zur Konsequenz durchzuführen. Das ist Gefinnungskorruption schlimmster Sorte. Von einem KPD-Arbeiter im Betriebe jedoch verlangt dieselbe Parteileitung, daß er die Politik seiner Partei auch auf die Gefahr des Existenzverlustes vertritt. Die KPD. hat wiederholt die Parole ausgegeben, daß auch die kleinste Schwäche der sozialdemokratischen Führer an das Licht der Öffentlichkeit gesetzt werden muß, um den Arbeitern das wahre Gesicht ihrer Führer aufzuzeigen. Niemals aber hat es die kommunistische Partei gewagt, das Privatleben ihrer „Größen“ den kommunistischen Arbeitern vor Augen zu führen. Nie hat man etwas davon gelesen, daß der mit Parteigeldern aufgebaute Apparat der „Welt am Abend“ an einen der Arbeiterklasse bestimmt nicht sympathisch gegenüberstehenden Kapitalisten verpfändet ist, daß der Kapitalist Cassierer den Inseraten und Autopark der „Welt am Montag“ genachtet hat und daß der Eugenberger der KPD., Herr Willi Münsenberga, die Zinsen nutzbringend in den Dieben des Berliner Westens oder in anderen Positionen „anlegt“. Davon dürfen die „Vorkämpfer des proletarischen Gewissens“ selbstverständlich nichts schreiben, um so mehr widmen sie sich der Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer. Der Kampf der heutigen KPD-Führer gegen die SPD. ist ein Kampf der Existenzberechtigung der KPD.-Angestellten.“

Bauer schließt seinen Artikel mit der Aufforderung, daß es angesichts der Zuspitzung in Deutschland Pflicht eines jeden einzelnen sein muß, sich an die Seite der Sozialdemokratischen Partei zum Kampf gegen den Faschismus zu stellen.

Ungeföhnte Morde

Sagen, 5. Dez. In dem Hagener Prosch gegen die Nationalsozialisten Lampe und Genossen, die eines dreifachen Mordes angeklagt waren, wurde folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Bauer wird freigesprochen, der Angeklagte Albrecht erhält wegen Vergehens gegen das Schutzpatentgesetz und das Gesetz gegen den Waffenmißbrauch 9 Monate Gefängnis, die übrigen Angeklagten erhalten wegen des gleichen Vergehens je sieben Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Haftbefehle werden aufgehoben.“

Der Vormärts bemerkt zu dem Urteil:

„Am 28. Mai hatte eine Rotte von SA-Leuten, die bewaffnet nach Hagen gekommen waren, auf offener Straße auf Befehl eines SA-Mannes eine Salve in eine große Menschenmenge hineingefeuert. Es blieben drei Tote und 12 Schwerverletzte liegen. Der Gang der Beweisaufnahme hat deutlich ergeben, daß von einer unmittelbaren Bedrohung der bewaffneten SA-Leute keine Rede sein konnte. Wenn das Gericht dennoch „berechtigte Notwehr“ angenommen hat, so muß dies höchste Enttäuschung über diese Art von Rechtsprechung ergeben. Das soll Notwehr sein, daß eine geschlossene bewaffnete Gruppe von SA-Leuten auf Befehl eine Salve abfeuert? Ein solches Urteil schließt allen staatlischen Verträgen, den Strahrenterror einzuschränken, den Boden aus. Es wirkt wie eine Aufmunterung an die Bürgerkriegsbanden Hitlers.“

Vor allem aber zerflört dies Urteil völlig den Glauben an die Objektivität der Justiz. Der dreifache Mord, der auf das Schuldkonto Hitlers fällt, bleibt ungehört. Die Justiz läßt diesen Verbrechen freien Lauf.“

Krieg ohne Kriegserklärung

Musden, 6. Dez. Durch einen japanischen Fliegerangriff auf Banditen im Südwesten von Musden wurden etwa 300 Chinesen getötet.

Paris, 7. Dez. Wie Reuters Herald aus Kanton meldet, ist gestern dort das Standrecht verhängt worden, nachdem tausende von Studenten in färmenden Rundgebungen den Krieg gegen Japan gefordert hatten. Truppen seien aufgeboden worden, um der Rundgebung Einhalt zu tun.

Volkswirtschaft

Der Vergleich S. Weil u. Söhne, Schuhfabrik, Rastatt, hat durch Entscheidung des Amtsgerichts die gerichtliche Bestätigung gefunden. Es wird bemerkt, daß in den Zeiten des Hochbetriebs bei der Firma S. Weil u. Söhne 700 bis 800 Arbeiter beschäftigt waren und zuletzt noch während des Vergleichsverfahrens circa 500 Arbeiter beschäftigt worden sind. Die neue Weil-Schuh W.G. wird voraussichtlich künftighin 150-200 Arbeiter beschäftigen können.

Der Existenzkampf des Handwerks

Folgen der Kaufkraftdroffselung

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben: Im Zusammenhang mit der weiteren Schrumpfung der gesamten deutschen Wirtschaft kann für den Monat November festgestellt werden, daß sich auch für die Handwerksbetriebe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert haben. Die Bautätigkeit, soweit sie nicht bereits schon zum Stillstand gekommen war, ist noch weiter zurückgegangen. Das Befleidigungsgewerbe hat kaum eine Belebung erfahren. Für die Handwerksbetriebe die am Ernst interessiert sind, wirkt sich die Pfundkrise in steigendem Maße ungünstig aus. Die Erwartungen auf das Einlehen des Weihnachtsgeschäftes haben sich bis jetzt kaum erfüllt.

OBERST

Im Preis von 5 auf 3 1/2 Pfg. gesenkt.
An Umsatz das Zehnfache gewonnen!

Partei-Nachrichten

Eine schwere Niederlage der SAP

Landestonferenz des SAP, Bezirk Baden

Uns wird geschrieben: Am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. Dezember, haben die SAPler der Arbeiterbewegung Richtung Rosenfeld-See bei Bruchsal ihre Landestonferenz der S.A.P. d. S. Sozialistischer Jugendverband, abgehalten. Hieran wurde ein Lokal gemietet, in dem ca. 150 Personen Platz haben. Man rechnete mit ungefähr 80 Delegierten von allen Richtungen aus dem Lande Baden. Die Leitung dieser Konferenz sollte jedoch dem Saal voll haben und so lud sie auch die S.M.S. sowie die R.S. ein. Samstag, abends nach 8 Uhr, konnte nun die Sache losgehen, denn es waren tatsächlich 52 Personen da, also ein Drittel des Saales war besetzt. Aber bitte, nicht das jemand glaubt, die 52 waren von der S.A.P., o nein! Laut Anwesenheitsliste waren vertreten: SPD, 21, KPD, 14, und SAP, bitte nicht lachen, 17. Also die ganze Bezirkskonferenz des Landes Baden war von 17 Delegierten besetzt, welche ebenfalls laut Anwesenheitsliste saßen und schrieen. 55 Delegierten vertraten, Bruchsal, der Konferenzort war überhaupt nicht vertreten. Ist das möglich? Ja natürlich, denn dort gibt es überhaupt keine SAP. Und was für Persönlichkeiten waren die 17. Fast keins solche, welche so lange sie bei uns waren, immer nur ein großes Mundwerk hatten, in jedem Satze und um jeden Preis in Opposition waren, wenn es aber aus Parteien gings, wie Flugblätter austragen usw., nie erschienen sind.

Nun zur Tagung: Ein junger Mensch, namens Bauber, leitete die Versammlung. Er war wirklich zu bedauern, denn er verstand von einer Versammlungsführung gar nichts. Ein Herr Zoloffen leitete sich ein Referat über Erziehungsmethode der Jugend, das bestimmt die Note „ungenügend“ bekommen müßte. Dafür lobte er sich, sein sozialistisches „Wissen“, das man meinen könnte, er hätte den Marxismus mit Köpfeln getroffen. Etwas aus dem „Referat“: Die SPD ist an allem schuld (vielleicht auch an dem schlechten Besuch). Die SPD ist nicht marxistisch. Die Nazi sind auch nicht marxistisch. Die SPD und Nazi sind sich gleich, sie führen beide einen Scheinkampf. Auf eine Frage eines SPD-Genossen, ob die Handlungsweise der KPD, beim preussischen Volksentscheid marxistisch war, verneint er, er ist der Ansicht, daß die SPD, das einzig richtige im Interesse des Proletariats getan hat. Daß der Redner ab und zu den Haken zum Weiterreden verlor, und sich dann von einem seiner Genossen die Fortsetzung auslösen mußte, sei nur nebenbei bemerkt und ist an sich in Wäldern lassen müßte, sei nur nebenbei bemerkt und ist an sich in Wäldern nicht so schlimm. In der Diskussion mußte er sich von einem Klassenruher Jugendgenossen der S.M.S. nach Strich und Faden abdrücken lassen. Er mußte sich so an lassen, was für widersinniges Zeug er aeredet und wach minderwertiges Referat er gehalten hat. Weiter mußte er von dem Jugendgenossen hören, daß die SAP für eine Einheitsfront mit solchen Menschen besten danken; denn wer in der heutigen Zeit des schmerzlichen politischen Ringens eine Partei spaltet und einen neuen Nadeln aufmacht, ist ein Verbrecher am Proletariat. Die SAP macht ein solches Verbrechen nicht mit, sondern steht frei zur Fröhne der Sozialdemokratie. Der Vorsitzende der SPD, Bruchsal, Genosse Staiber, stante den Referenten dann noch so gründlich ab, daß nichts mehr übrig blieb.

Dies war die erste Tagung der SAP mit der Jugend. Sie endigte mit einer schweren Niederlage.

Die Partei im Kampf

Sozialdemokratische Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und Terror

Mit gewissenloser Demagogie benutzen Nazis und Kommunisten die Verzweiflungstimmung der Massen für ihre verbrecherischen Vorhaben. Nach dem Rezept: „Halbt den Dieb!“ schänden die Schatzkammer aller Schattierungen ihre Agenten unter das Volk. Deutschland erwache! Schreien die Nazis, aber sie wollen, daß das Volk weiter schlafen soll, damit es nicht erkennt, wo die Schuldigen an Massennot und Wirtschaftskrise sitzen. Alle verleumdete die Sozialdemokratie. Aber

die große Massenpartei der Republik ist auf der Hut!

Ein kleiner Auszug aus den Berichten über die Versammlungsaktivität der Partei in den letzten Wochen legt Zeugnis ab für die ungebrochene Aktivität und Beweglichkeit der Partei in allen ihren Gliedern. So berichtet der Bezirk Ostpreußen von 50 Versammlungen und einer großen Kundgebung mit Karl Esserich als Redner im Zeitraum von zwei Wochen.

Aus einer anderen Notiz Deutschlands, aus Oberschlesien, werden für November 86 öffentliche und Mitteilerversammlungen gemeldet. Außerdem fanden 9 Frauenversammlungen statt. Besonders hervorzuheben ist, daß trotz der schwierigen Lage sogar Kurse zur Schulung der Funktionäre und drei Konferenzen stattfinden konnten.

Auch aus Pommern wird von guter Arbeit berichtet. Vom 15. bis 21. November fanden 50 Versammlungen statt, der weitest große Teil in Landgemeinden. Wer die Verhältnisse in diesen Landstrichen kennt, in denen sich der Terror der Grogrundbesitzer mit besonderer Schärfe auswirkt, wird es als einen besonderen Erfolg sozialdemokratischer Agitation zu werten wissen, wenn der Bericht aus Pommern mit der Bemerkung abschließt: „In diesen Orten sind die Versammlungen besser besucht gewesen als die der Nazis“.

Auch am Rhein wird für die Sozialdemokratie eifrig gearbeitet. In der letzten Woche gab es im Kölner Landbezirk zwei große Versammlungen mit regem Besuch. Nazis und Kommunisten waren teils zur Disziplin, teils zur gewaltigen Störung erschienen.

Aus dem Kasseler Bezirk werden für die drei ersten Wochen des November 50 öffentliche Volksversammlungen gemeldet, in denen außer den Referaten noch Werbeplakate für die Partei auf dem Programm standen. Dazu kommen noch 31 Mitteilerverammlungen und eine große Revolutionsfeier in Kassel, auf der Genosse Breitfeld vor mehr als 4000 Teilnehmern begeisterte Zustimmung fand. Im Kasseler Bezirk ist die arbeitende Bevölkerung voller Verständnis für die schwere Arbeit der Sozialdemokratie.

Im Bezirk Westfälisches Becken gab es in zwei Wochen 96 öffentliche Versammlungen und 163 Mitteilerverammlungen. Insgesamt haben 54200 Männer und Frauen unsere Redner angehört. Das ist eine gewaltige Befehle in den Hall von Hage und Becken, und den der Faschismus aufzurichten sucht.

Auch im Süden Deutschlands sind unsere Funktionäre eifrig bei der Arbeit. Aus Regensburg werden 128 öffentliche Versammlungen gemeldet, durchweg gut besucht, überall finden Arbeit und Programm der Sozialdemokratie Billigung.

Im Bezirk Oberbayern wurden in der Woche vom 16. bis 29. November 138 öffentliche Versammlungen abgehalten. Diese hohe Zahl ist doppelt bemerkenswert, weil es sich vorwiegend um kleine und kleinste Orte mit zum Teil verwehelter Wirtschaftslage handelt.

Aus Franken wird für die Zeit vom 16. bis 29. November über 102 öffentliche Versammlungen berichtet. Dazu kamen in der gleichen Zeit 81 Mitteilerverammlungen. Ferner noch 4 Kundgebungen. Die Stimmung auch hier: Für die Partei!

Aus aller Welt

Deutsche Nobelpreisträger in Stockholm

Stockholm, 7. Dez. Die beiden deutschen Nobelpreisträger Prof. Warburg und Geheimrat Prof. Borch sind heute nachmittags hier zum Empfang des Preises eingetroffen.

Diplomverfahren gegen einen stellvertretenden Bürgermeister

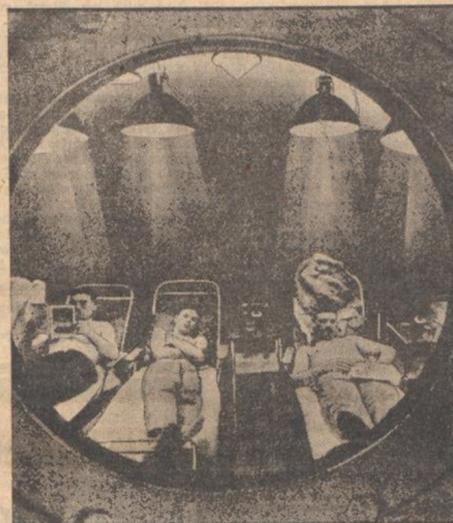
Wetzlar, 7. Dez. Der Regierungspräsident in Schleswig hat die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Entziehung aus dem Amt gegen den ersten Ratmann und stellvertretenden Bürgermeister von Wetzlar, Paul Herwig, angeordnet. Herwig ist Führer der NSDAP.

Unterhaltungen bei der Ostpreussischen Landschaft

Königsberg, 7. Dez. Die beiden Filialleiter der Bank der Ostpreussischen Landschaft, Müller und Böllmer, sind verhaftet worden. Die Verhaftung der beiden Filialleiter steht im Zusammenhang mit der Aufhebung von Unterhaltungen in Höhe von etwa 50 000 M.

Bankier Marcus ins Unterjüngungsgefängnis eingeliefert

Berlin, 7. Dez. Auf Grund des am 21. November erlassenen Haftbefehls ist heute der Bankier Max Marcus in das Krankenhaus des Unterjüngungsgefängnisses Moabit eingeliefert worden.



Eine pneumatische Krankenhaus, Hamburg

Als erstes deutsches Krankenhaus hat das Eppendorfer Hospital in Hamburg Einrichtungen geschaffen, die für die Zukunft Entzündung von Asthma- und Lungenentzündungen in Verbindung mit bestmöglichem Klima überflüssig machen sollen. Es sind zwei pneumatische Kammern erbaut worden, in denen je nach Bedarf die Kranken einem feuchtwarmen Tropenklima oder einer eiskalten Polarluft ausgesetzt werden können. Neben Schlafräumen dienen die Kammern auch den Untersuchungen des Institutes für Luftfahrtmedizin und Klimaforschung.

Schallplattenkrieg

Zwischen dem deutschen Rundfunk und mehreren Schallplattenfirmen (Schwebe) bereits seit längerer Zeit ein Konflikt, der sich nunmehr zugespitzt hat. Die betreffenden Schallplattenfirmen fühlen sich durch die dauernden Schallplattenkonzerte der deutschen Rundfunkübertragung wirtschaftlich geschädigt. Da keine Einigung aufzubahnen ist, wird der Sender von 6. Dezember an vorerst nur noch die Schallplatten der an dem Protest nicht beteiligten Firmen spielen lassen.

Auch viele Kreise der Berufsleute fühlen sich durch die übermäßige Verwertung der Schallplatte in den deutschen Rundfunkprogrammen benachteiligt. Sie machen geltend, daß die Berufsleute im Rundfunk nicht im Verhältnis zur Quantität der verbreiteten Musik beschäftigt werden, während gleichzeitig die Honorare bei vielen deutschen Sendern beträchtlich abgebaut worden sind. Im Zusammenhang damit muß erwähnt werden, daß beispielsweise im Berliner Rundfunk trotz außergewöhnlich hoher Spitzengebälter jährlich 10 Millionen mehr eingenommen werden, als zur Befriedigung familiärer Untkosten nötig sind. Die Mehreinnahme fließt der Post zu.

Selbstmord des Leiters des Potsdamer Bauamtes

In Potsdam erschloß sich in seiner Wohnung in der Moltkestraße 2 der Leiter des städtischen Bauamtes, Stadtbaurat Fischer. Infolge der Vorermittlung in seinem Desernat und der damit zusammenhängenden Vernehmungen und Untersuchungen hatte Stadtbaurat Fischer einen Herzversagen erlitten, der ihn zu diesem unglücklichen Schritt getrieben haben dürfte. Gegen Fischer schwebt keinerlei Verdacht, und bisher hat die Untersuchung auch keinerlei Anhaltspunkte für ein Verbrechen seinerseits ergeben.

Vorstehende Zahlen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den Organisationsberichten, die dauernd beim Vorstand der SPD einlaufen. Aber sie geben ein treffliches Bild von der

Kampfstimmung der Massen im ganzen Reich!

Überall wachsende Aktivität. Nicht nur bei den Funktionären und Mitteilern, sondern besonders bei den Teilen der Bevölkerung, die bisher den politischen Vorwärtigen viel so teilnahmslos gegenüberstanden. Die harte Gegenwart macht es auch ihnen klar, daß es jetzt um alles geht.

Die Sozialdemokratie, die treue Vorkämpferin der arbeitenden Massen, führt stielklar den Kampf gegen Terror und Faschismus. Landauf, Landab demonstrieren wachsende Massen mit ihr und für sie.

Die Front der aktiven Abwehr formt sich immer härter! Reiner darf fehlen. Die Parole bleibt die alte: Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Sozialdemokratie!

Eine Auseinandersetzung mit den Nazis

o. Grünwetterbach. Einer Einladung der SPD zu einer öffentlichen Versammlung wurde am Donnerstag, 3. Dezember, sehr zahlreich Folge geleistet. Die einladende NSDAP war mit einem Aufgebot auswärtiger Anhänger erschienen, wahrscheinlich, weil in Daxlanden nichts zu machen war. Unter Redner Gen. Barner Kappes fesselte die Redner in einem groß angelegten Vortrag.

Gewalttaten und Selbstmord eines französischen Unteroffiziers

Wie der Matin aus Oran meldet, hat ein mit Arrest bestraffter Unteroffizier eines französischen Artillerieregiments den vor seinem Arrestlokal stehenden Wachtposten erschossen. Einen darauf bereitenden Major verwundete er durch einen Schuß und beging dann Selbstmord.

Rückwärts wegen Betrügereien verfolgt

Der Profurist der Düsseldorf Filiale der Commerz- und Privatbank namens Rüdner, eine Nefte des bekannten Großindustriellen, hat Betrügereien in Höhe von weit über 100 000 Mark verübt. Die Betrügereien sind auf feingeschlagene Spekulationsgeschäfte zurückzuführen. Waren die Spekulationen geglückt, so wollte Rückwärts den Gewinn mit einem Großkunden teilen. In Anbetracht des Verlustes hat er das Geschäft jedoch als Eigengeschäft der Bank und infolge dessen zu ihren Lasten gebucht. Die Commerz- und Privatbank hat gegen ihn Strafanzug gestellt.

Schiffszusammenstoß im Bremer Hafen

Bremen, 7. Dez. Bei dem gestrigen starken Weststurm wurde das schwedische Motorship „Buenos Aires“, das leer von Rotterdam kam, und daher hoch aus dem Wasser ragte, im Wendebereich vor dem Freihafen 2 an der Breitseite vom Winde erlabt und konnte, da nur ein Schlepper Hilfe leistete, nicht gehalten werden. Es kam infolge dessen zu einem Zusammenstoß mit dem gerade einkommenden amerikanischen Dampfer „Tribuna“. Dieser wurde mit voller Wucht gegen die Raimauer gedrückt. Beide Schiffe erlitten über Wasser nur verhältnismäßig geringe Beschädigungen, während die Raimauer in einer Länge von 20 Metern hart eingedrückt wurde.

Der Badener Sprengstoffattentäter ermittelt und festgenommen

Wetzlar, 7. Dez. Die Erhebungen der Kasseler Kriminalpolizei führten bereits zur Ermittlung und Verhaftung des mutmaßlichen Schuldigen an dem vor einigen Tagen gemeldeten Sprengstoffattentat. Es handelt sich um den Monteur Heinrich Klein Schmidt. Zwischen ihm und dem Gemeindevorsteher Wiesand, gegen dessen Haus das Attentat gerichtet war, bestand ein sehr gespanntes Verhältnis. Eine Durchsichtung des Klein Schmidtschen Anwesens förderte schwer belastendes Material zutage. So fand man u. a. eine Sprengstoffkapsel. Klein Schmidt wurde nach Kassel übergeführt. Er leugnet bisher die Tat.

Gastliche Aufnahme der Hungerdemonstration in Washington

Washington, 7. Dez. Die 1600 Teilnehmer der „Hungermärsche“, die auf Lastautos aus allen Teilen der USA, in der Bundeshauptstadt zusammengeströmt sind, wurden bei ihrer Ankunft von der Polizei in unerwarteter Weise empfangen. Anstelle von Kampfmaßnahmen hatte Polizei Vorzorge für die Unterbringung und Verpflegung der Demonstranten getroffen. Sie wurden in freundschaftlicher Weise in ihre Quartiere geleitet und erhielten zunächst eine warme Mahlzeit. Wie lange diese Gastfreundschaft dauern soll ist nicht bekannt.

Für 6 Millionen Fresken . . .

Der türkische Präsident Mustafa Kemal Pascha ordnete die Restaurierung der seit dem Jahre 1453 mit einer dicken Kalkschicht überdeckten Wandmalereien in der Sophien-Kathedrale von Konstantinopel an; die Kosten für diese Arbeiten belaufen sich auf etwa 6 Millionen Mark. Die Hagia Sophia wurde unter Kaiser Justinian errichtet. Er ließ die Wände mit Fresken schmücken, die Christus, die Mutter Gottes, biblische Propheten und Märtyrer der ersten Christenzeit darstellten. Die Bedeutung der Fresken erfolgte nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken und der Umwandlung der Kathedrale in eine mosammedanische Moschee. In Zukunft sollen nun während der mosammedanischen Gottesdienste die Fresken durch gelbene Vorhänge unsichtbar gemacht werden, damit sich keiner der gläubigen Moslems durch den Anblick christlicher Heiligenbilder verletzt fühlt.

Wilhelm, der Pazifist

Der Nobel-Friedenspreis ist wieder fällig. Eugen Berga hat bedacht, wer der würdigste Mann ist, dem er gegeben werden müßte. Eines seiner Organe, die Münchener-Bugsburger Abendzeitung, schreibt darüber, und zwar aus der Feder des Herrn Adolf Stein ostas Kampfesflüchler das folgende:

„Nun verteilt die Stiftung alljährlich auch einen Friedenspreis, den im Grunde ständig nur der deutsche Kaiser verdient hätte. Der Preis ist einmal an die große sentimentale Phrosenmacherin Berta von Suttner gefallen, die nie einen Krieg hat verhindern können, und er ist wiederholt Ministern gegeben worden, so noch zuletzt Herrn Stresemann, die in ihren guten Zeiten durchaus annehmlich militärisch gesinnt waren und nur in dem schlechten und machtlosen Suttnerlich sich äußerten. Jetzt ist der Preis für den größten Friedensförderer erneut fällig, und wenn es noch eine Gerechtigkeit gäbe, müßte er nachträglich Wilhelm II. zuteil werden, der ein Vierteljahrhundert lang der Welt aus in kritischen Augenblicken, so 1900, 1904, 1911 den Frieden erhalten hat.“

Zu unserem Bedauern müssen wir für Wilhelm II. noch ernstlichere Konkurrenz anmelden. Nach dem berühmten militärischen Satz „Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg!“ sind die größten Friedensfreunde und Friedensförderer in der Welt die großen Waffenfabrikanten aller Länder. Wie wäre es also mit der Verleihung des Friedenspreises an Krupp oder Leins englischen und amerikanischen, französischen und italienischen Kollegen?

Man war allgemein enttäuscht, als der Sprecher der Nazis, Herr Kemmer aus Karlsruhe auf das Referat kaum einging und nur allgemein politische Tagesfragen behandelte. Es ist auch sehr leicht, zu schimpfen, aber um ein sachlich hochstehendes Referat zu wahren, reichte es bei Herrn Kemmer nicht. Gen. Kappes verzichtete in seinem Schlusswort jeden einzelnen Punkt des Nazipredigers. Er gab ihm auf, über das Gehörte nachzudenken, und vielleicht bei einer anderen Gelegenheit sich mit ihm über die gestellten Fragen auseinanderzusetzen. Mit dem Appell, treu zur Sache der Sozialdemokratie zu stehen, schloß der Redner seine Ausführungen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit Dank für die große Ruhe und Ordnung während der Ausführungen der Redner. — Nach Abzug der Nazis samt Anhang langen die anwesenden Parteigenossen und Freunde noch ein Lied. Gen. Kappes war während der ganzen Versammlung Herr der Situation, alles folgte sich seinen Anweisungen, und es ist ihm in allererster Linie zu danken, daß die Versammlung einen so guten Verlauf nahm. Neben vierhundert Versammlungsbesucher waren im großen Saal anwesend.

Chefredakteur: Georg Schöpflin Verantwortlich: Politik, Wirtschaft, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Zeitungs-Nachrichten: E. Schönebaum, Landtag, Generalkassier: Nachrichten, Partei, Kleine badiſche Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtspraxis, Neutzeiten, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitisch, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Gieseler, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Guisele Schärer, Ebnethal, monatlich in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsbrüdererei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Sport

Bezirksturntag in Grözingen

Wieder hat das Turnervolk ein Jahr emsiger Tätigkeit hinter sich und wieder sind die Vereinsvertreter zusammengekommen, um von den Funktionären Bericht und Rechenschaft zu verlangen...

denn man sieht allenthalben den Erfolg. Die Winterpartei hat noch wenig aktive Anhänger. Hier ist es notwendig, daß sich für das große Programm des kommenden Winters noch mehr Mitglieder interessieren.

Gewerkschaftliches

Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten

Der Reichsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschäftigt sich am Montag mit einer prinzipiellen Angelegenheit, die die Berücksichtigung der Pensionen der Eisenbahner behandelt...

Todes-Anzeige. Wilhelm Lohner Maschinenarbeiter im Alter von nahezu 63 Jahren von seinem Leiden erlöst wurde.

Edith Bielefeld tanzt Montag, 14. Dezember 1931, 8 Uhr, im Konzerthaus zu Gunsten der Nothilfe.

Ämtliche Bekanntmachungen Der auf Donnerstag, den 17. Dezember 1931 nachmittags 3 Uhr im Rathaus zu Weichenseen...

Gebrauchte Möbel (gute) aller Art werden angekauft und verkauft.

Abchlag Weißwein 42 Rotwein 42 Qualität in jeder Preislage Steiner Weinkeller Karlsruh. 22

J. GELMANN Eigene Reparaturwerkstätte Zähringerstraße 36 Uhren aller Art und Schmuck

Rudolf Kümmerle Halsstraße 93 Telefon 2875 Das gute Spezialgeschäft für Bürsten und Toilette-Artikel

Badisches Landesheater Dienstag, 8. Dez. 8.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12.

Mina Komödie von Bruno Franz Regie: Baumdach

Küchen FURNIA Jährigerstraße 77 (hinter Weich. Knopf)

In Jede Familie nur den Volksfreund VOLKSBUHNE Rot abholen!

Brauchbare Ratschläge für das tägliche Leben Neue Weltkalender 1932 auf jeder Seite PREIS 50 PFENNIG Unsere Trägerinnen und Filialen nehmen Bestellungen entgegen Volksfreund-Buchhandlung Waldstraße 28 Formul 7020 7021

Spendet für die Kinder-Weihnachtsbescherung! Noch ein paar Wochen trennen uns von dem Weihnachtsfest, dem Fest der Freude, das tätige Menschenliebe in aller Herzen entzündet. Tausende von armen Kindern unserer Stadt werden an diesem Feste nur Not und Elend schauen...



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Dezember.

1829 Witwenverbrennung in Indien durch England verboten. — 1849 Johann Jacoby im Hochverratsprozess freigesprochen. — 1815 *Waler Adolf von Mensel. — 1903 *Englischer Philosoph Herbert Spencer. — 1928 Prälat Raas wird Vorsitzender der Zentrumspartei.

Wenn Arbeitsinvaliden protestieren

Samstag nachmittag. Ich stehe auf dem Strejemannplatz. Viele Menschen begeben sich in die Festhalle. An sich nichts außergewöhnliches, denn schon oft war die Festhalle das Ziel vieler Tausende. Aber das Publikum, das an diesem Samstag nachmittag der Festhalle zusteuerte, ist ein ganz anderes wie die sonstigen Festhallebesucher, es hat ein besonderes Gepräge. Vor allem fehlt das jugendliche Element. Autos rasen ebenfalls nicht heran, aus denen — wie bei anderen Festhallesammlungen es üblich ist — Menschen steigen, um sich in die Festhalle zu begeben. Und doch sind es so viele, die am Gehen schwer oder minder schwer behindert sind. Sie hätten in erster Linie ein Auto notwendig. Anstatt dessen wird eine Frau, im Dreirad sitzend, hergefahren. Nur mit Unterstützung von dritter Seite ist ihr das Aussteigen möglich; anschließend an der treuen Begleiterin nimmt sie den Weg in die Festhalle. Schwer hinfend, den Stod als schätzenswerten Kameraden fest in der Hand, nur mühsam vorwärts kommend, steuert ein Mann der mittleren Jahre demselben Ziele zu. Eine Frau bleibt nach wenigen Schritten immer wieder stehen; große Atemnot, von Asthma herrührend, übt eine Art Diktatur über sie aus, ob sie will oder nicht, sie hat sich ihr zu fügen. Sie muß ausatmen, es geht nicht anders. Mit eiligen Schritten kommt ein Mann in den vierziger Jahren daher. Ein leerer Rittelformel verrät, daß der Unglückliche nur noch einen Arm hat, wahrscheinlich hat er den anderen auf dem Arbeitsfeld eingebüßt. Er unterhält sich am Eingang in das Verlammlungslokal mit einem Kollegen. Zum Händedruck benützt der letztere die linke Hand, denn an der rechten sieht man nur noch Anzeichen davon, daß sich hier einmal Finger befunden haben. Die Finger selbst besitzt er nicht mehr. Langsam gehend, auf zwei Stöcken gestützt, an den Händen mitleiderregend zitternd, leucht eine alte Frau daher. Man sieht es ihr im Gesicht und ihrem ganzen Zustand an, daß ihr Erdemallen kein Freudebringer ist. Ihr Weg führt ebenfalls in die Festhalle, wohin schon viele Hunderte ihrer Leidensgenossinnen und -genossen gepilgert sind. „Wie soll ich mit meinen Kindern durchkommen, wenn die Renten noch einmal gekürzt werden“, sagt eine mit Sorgenfalten an der Stirne versehene und in Schwarz gekleidete Frau recht erregt zu ihrer Begleiterin. „Ja, wenn man noch arbeiten könnte, dann ginge die Sache eher“, sagte die andere. „Allem Anschein nach sind die beiden Witwen und bezogenen Witwenrente, sind also mehr wie zwei Drittel arbeitsunfähig. Die angekündigte Kürzung der Renten hat diese von Nummer ohnehin gepägten Frauen mit noch mehr Sorgen um die Existenz belastet.“

Aber nicht nur Witwen, sowie verkrüppelte, durch ihre Arbeitsverrichtung verstümmelte Personen, also Opfer der Arbeit, sind zur Festhalle gekommen, sondern in nicht minder großer Zahl infolge Krankheit invalidierte Menschen und das Alter beiderlei Geschlechts lenken ihre Schritte nach derselben Stätte. Auf sie hat die Nachricht von einer eventuellen Bescheidung der Renten erregend, ja aufpeitschend gewirkt. Alte Leute protestieren mit derselben Leidenschaft wie es sonst junge tun. Empörung bemächtigt sie! Aus all den Klagen und Sorgen erfüllten Menschen ist von noch größeren finanziellen Einbrüchen bedroht. Das erzeugt Auflehnung und aus den Gesichtern all der alten Leute, Gebrechlichen, Verkrüppelten, physisch und seelisch leidenden und um die Zukunft ihrer Kinder bangenden Witwen ist nicht nur Erbitterung, sondern helle Empörung und berechtigter Zorn abzulesen. Sie wollen sich Luft verschaffen, Hoffnung holen, die Hilfe und den Beistand ihrer Organisation, dem Zentralverband der Invaliden und Witwen sichern, mit Spannung wollen sie hören, was ihr getreuer, sie nie verlassender Anwalt zu sagen weiß. Darum pilgern sie zur Festhalle, allwo der Verband zu einer Kundgebung gegen die Reduzierung, gegen weitere Verelendung der Invaliden und Witwen, fuzum der Arbeitsinvaliden, auferufen hat. Der zweite Verbandsvorsitzende aus Berlin richtet Worte flammenden Protestes gegen die beabsichtigte Schmälerung der Renten. Er spricht den Besuchern aus dem Herzen. Der Beifall beweist dies. Und die Wirkung? Noch mehr wie bisher klammern sich die Arbeitsinvaliden an ihren Sort, den Zentralverband.

Die Hoffnung, daß der Anschlag der Sozialreaktion abgeschlagen werden kann, vergrößert sich, als der Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei die Solidarität dieser Organisationen mit den Arbeitsinvaliden in Aussicht stellt, ihnen verspricht, die Sache der Arbeitsinvaliden zu der ihrigen zu machen. In der Versicherung der Treue zum Verband klingt die Kundgebung aus. Die Arbeitsinvaliden sind auf dem Damm, sie können protestieren, das beweist die Kundgebung vom letzten Samstag nachmittag. Und den besten Erfolg wünschen wir ihnen von Herzen. — e.

Besuch der städt. Bäder im November

Ballenbäder (Berordtsbad und Friedrichsbad): Schwimmbäder (1930: 25 813), 1931: 28 497, Wannenbäder (12 536) 10 656, Kabinenbäder (315) 306, Schaumbäder (69) 51, Kneippbäder (343) 176, Dampfbäder (148) 218, Dampfbäder (640) 655, Elektrische Dampfbäder (787) 850, Ruchbäder (591) 661, Brausebäder (747) —, zusammen (1930: 41 924), 1931: 42 067. Anmeldungen zum unentgeltlichen Schwimunterricht (62) 103.

Mheinstandbad Ravenswörth: Besucher 1925. (Ab 1. November 1931 Eintritt frei.)

Die andere Seite

Wir gaben dieser Tage einer Zeitschrift Raum, die sich gegen die Einführung ausländischer Obfies wandte. Vom Reichsverband Deutscher Fruchtwarenhändler, Ortsgruppe Karlsruhe, wird uns in dieser Woche geschrieben: In den letzten Monaten hat eine oft gewissenlose Besse gegen die Einfuhr von Obst, Gemüse und Süßrüben eingeleitet, die unseren Stand dem Zusammenbruch aussetzen soll — was leider auch anscheinend geschehen will. So wird wissentlich in Karlsruher Blättern in unwahrer Weise verbreitet, daß Anmengen amerikanischer Äpfel auf den Märkten seien. Wir stellen fest, daß kein einziger amerikanischer Apfel auf dem diesjäh-

Karlsruher Bevölkerungsbarmometer

Die Bevölkerungsbewegung in der Stadt Karlsruhe im 3. Vierteljahr 1931

Im 3. Vierteljahr 1931 wurden 308 Ehen geschlossen. Das sind (zum Teil bedeutend) weniger als in den Vorjahren: gegenüber dem 3. Vierteljahr 1930 57 weniger, gegenüber 1929 (dem seit 1924 besten „Heiratsjahr“) 70, gegenüber 1928: 25, 1927: 27 ufm. weniger. Trotzdem dürfte 1931 kein schlechteres „Heiratsjahr“ werden, als es seit der Stabilisierung der Währung die Jahre 1924 und 1926 waren. Das letzte Vorjahr wies in seinem 3. Vierteljahr 42 Eheschließungen weniger auf als die Berichtszeit. Auch wenn man die Eheschließungen auf 1000 Einwohner berechnet, war 1913 schlechter: wir erhalten für 1931 7,84, für 1913 jedoch nur 7,57 Heiraten. Die Jahre 1930 und weiter zurück dagegen zeigen in ihrem 3. Vierteljahr auch relativ mehr Eheschließungen als 1931, nämlich 1930: 9,31; 1929: 9,71; 1928: 8,78; 1927: 8,9; 1926: 8,46 ufm. Heiraten auf je 1000 Einwohner.

Die Zahl der von ortsnässigen Müttern hier lebend geborenen Kinder beträgt für die Berichtszeit 425. Auch hier ergibt sich ein Minus gegenüber der Parallelzeit der Vorjahre. Denn es „fehlen“ 8 gegenüber 1930, 65 gegenüber 1929, 72 gegenüber 1928, 85 gegenüber 1927 ufm. und gegenüber 1913 238 lebendgeborene. Auf 1000 Einwohner bezogen ergibt sich eine Geburtenziffer von 10,82; für die Parallelzeiten der Vorjahre aber und zwar für 1930: 11,04; 1929: 12,58; 1928: 13,09; 1927: 13,56 ufm. und für 1913: 18,88.

Glücklicherweise sind auch die Sterbefälle zurückgegangen. Die 376 Todesfälle des Berichtsvierteljahres bedeuten eine Abnahme gegenüber 1930 um 38, gegenüber 1929 um 58, gegenüber 1928 um 27 und gegenüber 1926 um 44 Fälle. Im Vergleich zu 1927, 1925 und 1924 ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten. Über selbst gegenüber 1913 sind 70 Sterbefälle weniger zu verzeichnen. Das besagt, daß im Berichtsvierteljahr 3,23 Einwohner von je 1000 weniger starben als damals. 1913 erreichten sich auf je 1000 Einwohner bezogen, 12,8 Sterbefälle, jetzt nur 9,57. Und in den 3. Vierteljahren der Vorjahre waren es fast stets etwas mehr als jetzt, nämlich 1930: 10,56; 1929: 11,15; 1928: 10,62; 1927: 10; 1926: 11,32; 1925: 10,16 und 1924: 10,67. Die meisten Sterbefälle erfolgten im September (131), die wenigsten im Juli (118). Männlich waren 181 und weiblich 195 der Gestorbenen.

Die Säuglingssterblichkeit ist im 3. Vierteljahr 1931 auffallend niedrig gewesen, vor allem im Juli und August. Es starben im 1. Lebensjahr „nur“ 35 Kinder; das sind 12 weniger als 1930, 19 weniger als 1929, 26 weniger als 1928 ufm. und 801 weniger als 1913. Auf je 100 Lebendgeborene bezogen starben im Berichtsvierteljahr 5,22 Säuglinge gegenüber 6,55 im 3. Vierteljahr 1930; 7,38 im 3. Vierteljahr 1929; 1928: 8,85; 1927: 9,28; 1926: 8,28; 1925: 8,74; 1924: 11,35 und gegenüber 1913: 15,6. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat seit einigen Jahren erreicht, daß die Monate Juli, August und September, die sonst den Säuglingen so überaus gefährlich waren, jetzt sogar weniger

Defier fordern als mancher andere Monat. — Die Sterbefälle den übrigen Altersklassen zeigen in den höheren Gruppen eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre. Über 60 Jahre alt waren im Berichtsvierteljahr 15 Personen weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres; in der Altersgrenze 40—60 waren es 19 und in der von 20—40 Jahren 3 Sterbefälle weniger. Zugewonnen haben dagegen die Sterbefälle der Kinder von 1 bis unter 5 Jahren (um 1), von 5 bis unter 15 (um 8), und im Alter von 15 bis 20 Jahren starben 7 Personen mehr als im Vorjahr.

Von den wichtigsten Todesursachen kamen im 3. Vierteljahr vor: Keuchhusten zweimal (1930: keinmal), Scharlach einmal (—), Diphtherie dreimal (achtmal). Erkrankt an Diphtherie nicht überlebend waren 43 Personen (im 3. Vierteljahr 1930: 46). Damit haben die Diphtherieerkrankungen wieder etwas zugenommen (gegenüber dem 2. Vierteljahr 1931 um 6 Fälle); allerdings weniger als in dem 3. Vierteljahr 1930, in dem 77 Erkrankungen (einschl. Diphtherieverdacht) gemeldet waren. Scharlachkrankungen und Fälle von Scharlachvergiftungen wurden im Berichtsvierteljahr 17 angezeigt; in der Parallelzeit des Vorjahres waren es 41 gewesen, im 2. Vierteljahr 1931 und im 1. Vierteljahr 19. An Grippe starben 3 Personen (keine), alle 3 über 70 Jahre alt. Der Tuberkulose fielen 32 Personen zum Opfer (d. h. genau so viel wie 1930), und zwar 23 (25) der Lungentuberkulose. An Lungentuberkulose starben (15) Personen, davon 4 im Alter bis zu 2 Jahren und 7 im Alter von mindestens 50. Krebs war in 54 (1930 ebenfalls 54) Fällen Todesursache. Mit dieser Ziffer übertrifft das Berichtsvierteljahr alle Parallelzeiten der Vorjahre mit Ausnahme der Jahre 1929 (79 Fälle) und 1926 (56). 14 der im verflochtenen Vierteljahr (79) Gestorbenen starben im Alter von 50—60 Jahren, 80 im Alter von über 60 Jahren. Auch in der Berichtszeit war Krebs die häufigste Todesursache, wenn man von der Sammelgruppe „Herzkrankheiten“ abstrahiert. Denn Herzschlag, Herzschwäche und sonstige Herzkrankheiten in 41 (49) Fällen, von denen 35 dem Alter von 50 und mehr Jahren angehörten. An Gebärmutterkrebs starben 7 Personen (zum ersten Male seit Dezember 1930 erkrankte wieder Lupus unter den Todesursachen, und zwar mit 2 Fällen (im ganzen Jahre 1930: 1 Fall). — Durch Selbstmord endeten (7) Personen, darunter 3 weiblichen Geschlechts. Todlich verunglückten 13 (18), und zwar wurden 4 (7) Personen Opfer des Verkehrs.

Das Ergebnis der gesamten natürlichen Bevölkerungsbewegung — läßt man die Auswanderer der hier Gestorbenen und ihrer lebendgeborenen Kinder auswärtiger Mütter außer Betracht — ein Geburtenüberschuß von 109 (1930: 92) oder von 2,77 (1930: 2,35; 1929: 4,06; 1928: 4,79; 1913: 7,72) auf je 1000 Einwohner. Statistisches Amt.

Markte ist, noch war in dieser Saison, auch keine anderen ausländischen Kessel. Diese Artikel gehen von bestimmten landwirtschaftlichen Stellen aus, die ihre eigenen agrarischen Ziele verfolgen. Eigene Ziele verfolgen solche Artikel, nicht aber dienen sie dem deutschen Volk! Man weiß an den verantwortlichen Stellen in Berlin genau, was für ein gutes Geschäft der Einfuhrhandel von Obst, Gemüse und Süßrüben für das Reich ist. Man weiß, daß heute von 1000 RM. Einfuhr ca. 800 RM. im Inland verbleiben — und nur ca. 200 RM. und weniger ins Ausland gehen! Dagegen erhält die Reichsbahn, der Zoll, die Steuern ufm. den Hauptanteil und hunderttausende Familien in Deutschland leben davon! Das lassen diese einseitigen Artikel nie! Man spricht nur mit schönen wasserläufigen Worten für seine eigenen Ziele und Wünsche. Wenn dabei ein seit Jahrzehnten bestehender Beruf von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung zugrunde geht, so klammert das diese Menschenkreunde wenig, sie haben ja ihr eigenes Ziel erreicht.

In Mehrstägige Reisen mit Sonntagseinfahrten. Mit Rücksicht auf die Lage des Weihnachts- und Neujahrsefes sollen die Sonntagseinfahrten in diesem Jahr: Zuerst in Karlsruhe: vom 28. Dezember, 12 Uhr, bis zum 3. Januar, und zur Rückfahrt: vom 23. Dezember, nachmittags, bis zum 4. Januar, 9 Uhr. Die Rückfahrt muß am 4. Januar spätestens um 9 Uhr angetreten und darf nach 9 Uhr nicht mehr unterbrochen werden. Die Schnellzüge sind über die Feiertage nicht für Sonntagseinfahrten geeignet. Es können mitbin Sonntagseinfahrten auch über Weihnachten und Neujahr gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages zur Fahrt mit Schnellzügen benutzt werden (ausgenommen FD, FDd und V-Züge).

(-) Weihnachtsfeier der Schülerkapelle. Am Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, hält die städtische Schülerkapelle im großen Festhallsaal ihre diesjährige Weihnachtsfeier ab. Herr Hauptlehrer G r e u l i c h hat ein dem Charakter des Festes angepaßtes Programm zusammengestellt. Freunde und Gönner, die im Lichterglanz des Weihnachtsbaumes und unter den Klängen der jungen Musikführer eine schöne Weihnachtsfeier erleben wollen, sind freundschaftlich eingeladen.

Beiertheim

Sozialdemokratische Partei. Vergangenen Samstag abend waren die Parteimitglieder der Bezirksgruppe Beiertheim im „Löwen“ versammelt, um einige schöne Stunden zu erleben, die getragen waren vom Geiste sozialistischer Solidarität und frohgemuten Zukunftswillens. Eine feierliche mündliche Ansprache des Gen. Me e r - Weingarten sen., die kurz, scharf und prägnant dem Abend das Gepräge gab und die in der Aufforderung zur Geschlossenheit und Einigkeit aller proletarischer Gruppen gegen die heutige privatrechtliche Wirtschaftsanarchie auslief, war allen aus dem Herzen gedrungen. Im Mittelpunkt des Vortragsabends war ein Lichtbildvortrag des Gen. K o l t e e, der nicht nur die Eigenheiten und Schönheiten der ostpreussischen Landschaft zeigte, sondern auch die Verbundenheit der nordöstlichen Ecke Deutschlands mit der südwestlichen nachwies. Die Chöre des Arbeitergesangsvereins „Freiheit“ Beiertheim setzten die Widsamkeit des aufgeschauten und willigen Sängermaterials und gefielen allgemein, so daß wiederholt mit Dreisachen aufgemerkt werden mußte. Gen. Me e r - Weingarten sen. stellte Beethovenkonzertstücke. Seine Spielfähigkeit und feinsinnige Kunst machte tiefen Eindruck. Ein Ereignis waren die Gesänge von Rosart, Lorzing, Löwe u. a. des jungen Gen. Me e r - Weingarten. Bewunderung erregte die Stimmkraft des jugendlichen Baßes, dem sicher eine bedeutende Zukunft winkt. Tiefsten Eindruck machte das Arbeiterlied „Dem Morant entgegen“, das den päterlichen Partner als beachtenswerten Komponisten kennen lehrte. Auch als allgänzend Regitratoren zeigten sich die beiden Me e r - Weingarten, die aus Werken Goethes, Bruno Schönlanks und Hermanns hoben und

sehr eindrucksvollen Genus, aber auch Begeisterung für die festlichen Ideale vermittelten. Allen Mitwirkenden sei auch dieser Stelle nochmals gedankt für das, was die zahlreichen Sammler an diesem Abend hören und schauen durften.

Lichtspielhäuser

Liebe und Weltreflex.

Am G e r t a sind neue Gäste eingezogen, davon Brigitte Helm, Greta Orosch und Fritz Kampers, die in einer lustig aufgebauten Sache die Substanz wieder einmal anderthalb Stunden unterfassen. Der Film Adler lebt da mit einer hübschen jungen Frau zusammen, die gar kein Interesse für die Filmpeter aufbringen kann, die sogar auf einem Reichum verfallen will, wenn ihr Mann nicht mehr liegt. Sie steigt so auf der Welt, doch er nagelt und sich an einem Punkt festzusetzen, doch er nicht, sein Freund Johnny gewinnt den Preis. Dann kommt eine große Preisverteilung, an deren Ende die Frau mittelfrei so ganz verliehen. Der Mann aus purer Eitelkeit legt sich in seine „Welt“ zum Aufstieg für einen Armistist. Ohne Willen von irgend wem, dieser eitelstehende Mensch, der jeden Augenblick schwer groß wird, im nächsten Augenblick alles wieder zu zerfallen, will ohne sein Fortleben, der immer mit ihm fährt. Aber bei der Weltreflex, da er doch gut, daß er mitgenommen ist. Extrakt. Eine verirrte Frau ruht sich aufgeföhrt, die sonst ihren Flug zum Schönen bringen will. Aber im Film geht das besser. Schließlich die große Antunft in „Welt“, wo man geschäft die Originalaufnahmen von der Antunft Köhl, Schönlank und Himmelmuric mit der Bremen verwendet hat. Dann in der 5. Teil, alles verfährt sich mit der Filmpeter und die Frau ist doch stolz, daß der Mann nicht immer nur ihr geföhrt ist. Wunders ist nicht sich recht nett an, aber in der Verlagerung für ein paar Wort und solche Dinge laufen und mit denen unter dem Arm nach Amerika fliegen, wäre eigentlich doch recht lustig, und garnicht anders, unterunterwürdiges Sportlererei. Dem Film verzieht man das, wenn man sonst gut zusammenfaßt. Wie ein Film voller Handlung und Spannung sein Augenbild, wo er langweilt, wenn er auch nicht immer den besten Blick sendet. Ein herrlicher Futurismus „Sturmfahrt im Weltraum“ und ein höchst-zielstimm mit der neuesten Wochenschau erobert das Programm in guter Art. Stellen und Wochenschau kommen in diesem Programm recht oft zur Geltung.

Sein Scheidungsgrund

In den Reß-Bildspielen

Das „Reß“ bringt eine heitere Woche. Zwei niedliche, geschäftsaufgemachte, gut gepielte und gut inszenierte Sachen: „Sein Scheidungsgrund“ und „Das verlorene Paradies“. In „Sein Scheidungsgrund“ ist eine ausgezeichnete Lustspielidee zur Filmbehandlung verarbeitet. Ein frisch geschiedener junger Mann verliert in das Mädel, das sein Rechtsanwalt im Scheidungsprozess „Scheidungsgrund“ hatte auftreten lassen. Da vom Verlassen „Scheidungsgrund“ immer ein sehr weiter Weg ist, ist also für Film Autoren ausreichend Gelegenheit, die Handlung mit allerlei Weisheit zu umspinnen, mit einer Anzahl Nebenfiguren auszustatten, hübsche Szenen zu schaffen. Da der „Scheidungsgrund“ allem Glück noch eine Musikfilleterin ist, die seinen ihren eigenen Tango komponiert hat, so ist die weitere Mädelheit gesehen, der Film auch musikalisch bestens auszufastern, so daß er auch nach dieser Richtung hin allen Ansprüchen vollstätt genügt. „Sein Scheidungsgrund“ ist mit viel Humor durchsetzt, es gibt viel zu schauen, viel zu hören, viel zu lachen. Die n D e e r s und S o b a n n R i e n e m, die beiden Hauptdarsteller, wollen recht lange Reß bleiben, um möglichst vielen Besuchern eine heitere Stunde zu bereiten. Und wer dann noch nicht des Schadens müde ist, nimmt noch die ufria Geschichte vom „Verlorenen Paradies“ in dem sich Otto M a l b u r g so wohl fühlt, bis er durch den Einbruch und seine von der Babersee heimkehrende Gattin aus vertrieben wird. Die überwältigende Romik Malburg herrscht völlig die Handlung, so daß auch hier Lieberm und gelassenheit Trumpf ist.

